

7 Ausblick

Die Problemlage – offene Themen

Der Überblick zu Beginn dieses Fachbuchs zeigte die Phänomene und bekannten Daten zur Bedrohung von Kommunalpolitikern. Obwohl das Problem seit dem Mord an Dr. Walter Lübcke im Jahr 2019 immer wieder in den Blick der „großen“ Politik in Berlin und der journalistischen Aufbereitung gekommen ist, basiert die Datenlage weiterhin lediglich auf drei Hauptsäulen, die nur ein unzureichendes Bild liefern, um gute Unterstützungsangebote zu erarbeiten und durchzusetzen:

- a) Umfragen unter Betroffenen, meist Bürgermeistern (früher über Kommunalde, heute von Motra)
- b) Statistiken von Polizei und Staatsanwaltschaften
- c) anekdotenhafte Daten aus der Arbeit von Akteuren der Zivilgesellschaft und der Presse

Aus diesen Quellen lässt sich gesichert darstellen, dass die Zahl der Anfeindungen gestiegen ist bzw. sich auf dauerhaft hohem Niveau befindet und dass die Motive von Tätern – neben einem großen Anteil persönlicher Motive – eher von extrem rechts als von extrem links kommen.

So ist ein großer Teil der Anfeindungen verbal oder schriftlich (73 %), tätliche Übergriffe sind seltener (2 %). Auch Familienmitglieder sind betroffen (8 %), was als besonders belastend empfunden wird, insbesondere für Frauen.

Bei vielen Angriffen sind die Täter (soweit bekannt) oft Männer über 40 aus derselben Kommune (78 %), während physische Angriffe häufiger von Personen von außerhalb verübt werden.

Die vermuteten Motive der Täter sind primär persönlicher Natur (81 %) wie Unzufriedenheit mit Entscheidungen, Intoleranz oder Unwissenheit über politische Prozesse.

Eine signifikante Anzahl ehrenamtlicher Kommunalpolitiker/-innen (27 %) beobachtet demokratiefeindliche Tendenzen in ihrer Kommune. Ein ebenso großer Anteil wird bei den jeweils nächsten Wahlen nicht mehr antreten.

Die aus dieser Datenlage ableitbare Schwächung der Demokratie ist hingegen bisher leider wenig durchgängig erforscht, obwohl die Forschungsfelder aus der Berichterstattung über Einzelfälle auf der Hand liegen. Auch die Arbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Stellen, die der Kommunalpolitik angesichts der Bedrohung helfen wollen, liefert wichtige Zusammenhänge, die näher untersucht werden sollten. Hier sind einige Beispiele:

- Spätestens seit dem Mord an Dr. Walter Lübcke ist die Existenz von Todes- und Feindeslisten im rechten Extremismus-Spektrum der breiten Öffentlichkeit bekannt. Aber wie wirksam sind die Anstrengungen von rechts, einzelne politische aktive Menschen mundtot zu machen und aus dem Amt zu drängen? Wie oft sind Menschen, die Amt oder Mandat aufgeben, Ziele dieser teilweise koordinierten Kampagnen?
- Es wird immer wieder beklagt, dass der „Nachwuchs“, also neue Menschen, die sich um politische Ämter und Mandate bewerben, durch Anfeindungen schrumpft. Einerseits durch die, die ausscheiden, und andererseits durch die, die sich gar nicht erst „trauen“. Es gibt in Deutschland jedoch keine Stelle, die einen Überblick hätte, wie oft es vorkommt, dass zu wenig Kandidaten der demokratischen Parteien aufgestellt werden oder ob und wo es durch mangelnden Nachwuchs eine Überalterung der Amts- und Mandatsträger/-innen gibt. Eine verbesserte Datenlage wäre extrem hilfreich, um die Schwere der Folgen der Anfeindungen für die Demokratie direkt zu messen. Es ist gut, einen Moment zu überlegen, warum hier eine Lücke existiert. Hauptgrund scheint aus unserer Sicht zu sein, dass die Verantwortung für „die Kommunalpolitik“ auf zu vielen Schultern liegt. Vieles liegt in den Innenministerien der Länder, dazu kommen die kommunalen Spitzenverbände. De facto liegen aber die Einarbeitung und Ausbildung und damit auch der Schutz von Menschen in der Kommunalpolitik komplett bei den Parteien und ihren parteinahen Stiftungen und kommunalen Organisationen. Weitere Lücken schließen Organisationen der Zivilgesellschaft mit öffentlicher oder Spendenfinanzierung. Durch den bunten Teppich von Akteuren über alle Bundesländer hinweg ist allein schon die schlichte Frage, wie viele Kommunalpolitiker/-innen es denn in Deutschland gibt, nicht einfach zu beantworten.
- Aus Umfragedaten und der direkten Arbeit mit der Zielgruppe (wie bei Starke Demokratie e.V.) ist bekannt, dass Frauen und Akteure mit migrantischem Hintergrund stärker und anders von Hass und Anfeindungen betroffen sind. Über die Wirkung dieser Angriffe (Silencing, früheres Ausscheiden usw.) wird die partizipative Demokratie geschwächt, in der alle Gruppen gut vertreten sein sollen. Auch hier gibt es keine Daten, inwieweit die letzten zehn Jahre schon die Abbildung der breiten Gesellschaft in der Politik geschwächt

haben. Gleiches gilt für Hochrechnungen, die zeigen könnten, wie hoch der Anteil von Frauen unter den deutschen Bürgermeistern wäre, wenn sie nicht von verbaler sexualisierter Gewalt betroffen wären. Untersuchungen dieser Art sind nicht einfach. Aber angesichts der Bedrohung unserer freiheitlichen Lebensweise in einer offenen, partizipativen Demokratie ist es doch bedauerlich, dass es hier Lücken gibt.

- Für alle oben genannten Punkte wäre es außerdem hilfreich, wenn es vergleichbare Daten zu Bundesländern (oder noch besser: zu kreisfreien Städten und Landkreisen) geben würde – eine Art Demokratie-Resilienz-Index der kommunalen Ebene für die jeweilige Region, so ähnlich wie der Democracy index der Forschungsstelle der Wochenzeitschrift Economist (abrufbar über <https://ourworldindata.org/grapher/democracy-index-eiu>). Damit ließen sich die Situation über die Zeit und der Interventionsbedarf für die Stärkung der Demokratie darstellen.

Umfangreiche Unterstützungsansätze vorhanden

Der Hauptteil dieses Fachbuchs zeigt die Reichhaltigkeit und Vielfalt der Unterstützungsangebote, die in den letzten Jahren entstanden sind. Wir hoffen, dass wir damit Kommunalpolitikern Hoffnung und Handlungsempfehlungen geben können und dass die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure sich zu weiterer Arbeit inspirieren lassen.

Die Vielfalt bezieht sich auf die Art der Akteure, die Multidisziplinarität der Ansätze und die große Breite an Zugangsmöglichkeiten (Websites, Seminare, Hotlines, Coaching, Beratungsprojekte für Einzelne und Kommunen, proaktive and reaktive Angebote, präventive und Ad-hoc-Unterstützung usw.).

Kapitel 2.1 von der „starken Stelle“ fokussiert sich auf den **Schutz im analogen Raum** und den Umgang mit Delikten wie Beleidigungen, Sachbeschädigung oder tätlicher Gewalt, inklusive der Rechtslage:

- **Präventive Maßnahmen** umfassen den bewussten Umgang mit persönlichen Daten, die Vorbereitung von Terminen unter Sicherheitsaspekten und die Orientierung an Unterstützungsangeboten.

- Die Stärkung des **persönlichen Verhaltens**, insbesondere durch Trainings zu Deeskalation, Körpersprache und Kommunikation, hilft, Konfliktsituationen zu beeinflussen.
- Spezifische Sicherheitshinweise gelten für **Wahlkampfzeiten, Veranstaltungen** (Prüfung auf Störer, Sicherheitspersonal, klare Rollen) und **Haustürbesuche** (Begleitung, Abstand, Rückzug bei Aggression).
- Die **Dokumentation von Vorfällen** ist zentral für eine mögliche spätere Anzeige oder zum Nachweis von Tatserien. Professionelle psychologische Hilfe und der Austausch mit anderen Betroffenen sind wichtig zur Verarbeitung und Bewältigung.

Kapitel 2.2 von Politiker:innen sicher im Netz (PolisiN – Deutschland sicher im Netz e.V.) befasst sich mit dem **Schutz im digitalen Raum**, dem Umgang mit digitalem Hass, Hetze und Desinformation sowie der Rechtslage:

- Die **Verbesserung digitaler Strukturen** und Prozesse in Kommunen (z.B. sichere Systeme, Zugriffsbeschränkungen, Multifaktor-Authentifizierung, klare Speicherorte) erhöht die Sicherheit und Handlungsfähigkeit.
- Digitale Räume dienen oft als **Einfallstor für Hass und Desinformation**, wobei lokale Ebenen besonders anfällig für persönliche Angriffe sind.
- Desinformation nutzt **spezifische rhetorische Muster** (z.B. Confirmation Bias, falsche Kausalität, Whataboutism), die als strategische Werkzeuge wirken.
- Wirksame **Gegenstrategien** umfassen ein strukturiertes Vorgehen (z.B. 4-Stufen-Modell zum Einordnen, Handeln, Kommunizieren, Reflektieren), koordiniertes Handeln von Verwaltung und Politik, strategische Kommunikation auf den richtigen Plattformen, die Mehrwert bietet, und den Einsatz spezifischer Kommunikationstechniken gegen populistische Rhetorik.

Kapitel 3 von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (Bundesverband Mobile Beratung e.V.) analysiert die **Bedrohungslage und Methoden extremistischer Gruppierungen** wie Rechtsextremisten, Reichsbürgern und Souveränisten innerhalb und außerhalb der Ratsarbeit und legte Gegenstrategien vor:

- Es betont die Notwendigkeit der **internen Fortbildung und Sensibilisierung** von Verwaltungsmitarbeitern in allen Bereichen, um extrem rechte Strategien zu erkennen und sicher damit umzugehen.
- **Prävention und Handlungsoptionen** sind zentrale Themen, wobei konkrete Schritte von struktureller Absicherung bis zu professioneller Öffentlichkeitsarbeit reichen.

- Die **frühzeitige Zusammenarbeit** mit qualifizierten Partnern wie den Mobil- Beratungsteams ist entscheidend, um Unterstützung zu erhalten und nicht erst im Krisenfall aktiv zu werden.
- Die Stärkung der **demokratischen Resilienz vor Ort** basiert auf Mut, Klarheit und Kooperation aller Akteure, um sich nicht einschüchtern zu lassen und gemeinsam zu handeln.

Kapitel 4 von Frauke Puttfarcken beleuchtet die Relevanz von **Resilienz als Schlüsselkompetenz** für Kommunalpolitiker/-innen:

- Es erklärt das **Konzept von Stress und Resilienz**, einschließlich der Unterscheidung von äußeren und inneren Stressoren.
- Die **Resilienz kann gezielt gestärkt werden**, basierend auf Modellen wie den „7 Säulen der Resilienz“ (Akzeptanz, Optimismus, Lösungsorientierung, Rollenklarheit, Eigenverantwortung, Netzwerkorientierung, Zukunftsorientierung).
- Es werden **konkrete Übungen** zur Erkundung eigener Stressoren und zur Stärkung der einzelnen Resilienzfaktoren angeboten (z.B. Achtsamkeitsübung, Bohnenübung, Zeitreise, SMARTe Ziele).
- Neben der individuellen Resilienz sind auch **organisatorische Resilienz und psychologische Sicherheit** in Teams wichtig, um die Kommunalpolitik als Ganzes zu stärken. Praktische Tipps helfen, im kommunalpolitischen Engagement gesund zu bleiben, z.B. durch Vernetzung, Pausen und Grenzen.

Kapitel 5.1 von der **Kommunalen Konfliktberatung (K3B – VFB Salzwedel e.V.)** untersucht **Konfliktpotenziale und die besondere Rolle der Kommunen** als Orte des Zusammentreffens unterschiedlicher Interessen. Eine gute Bearbeitung von Konflikten kann das Auftreten oder die Schärfe von Anfeindungen abmildern und so einen Beitrag leisten:

- Es stellt die Kommunale Konfliktberatung (KKB) als einen **systemischen Ansatz** vor, der Konflikte als Teil größerer Dynamiken betrachtet und hilft, zugrunde liegende Ursachen von Anfeindungen zu verstehen.
- K3B unterstützt Kommunen dabei, **gesellschaftliche Konflikte konstruktiv zu bearbeiten** und die Fähigkeit der lokalen Akteure zur Konfliktbewältigung langfristig zu stärken.
- Die Beratung kann **zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Konfliktverlauf** einsetzen (präventiv, moderierend, deeskalierend, kurativ) und basiert auf Grundsätzen wie Allparteilichkeit, Prozessberatung und einem Fokus auf der Beziehungsebene.

- **Gelingensfaktoren** der KKB sind die Sichtbarmachung von Konfliktdynamiken, die Stärkung betroffener Akteure (z.B. durch Hintergrundgespräche), das Nutzen bestehender Netzwerke und das Erarbeiten transparenter Kommunikationsmaßnahmen zur Wiederherstellung von Vertrauen.

Kapitel 5.2 von Adrianna Gorczyk und Angela Hebler thematisiert den Umgang mit **Anfeindungen, Störungen und Blockaden** durch einzelne Mitglieder oder Fraktionen im Rat, insbesondere im Kontext des Erstarkens populistischer Parteien:

- Es werden **Strategien zur Stärkung der konstruktiven Diskussionskultur** behandelt, darunter die Anpassung und strikte Anwendung der Geschäftsordnung (z.B. Redezeiten, Umgang mit Geschäftsordnungsanträgen, Frage-recht).
- Die **Rolle der Sitzungsleitung** als kompetente und stringente Instanz, idealerweise mit juristischer Begleitung, ist entscheidend für die Einhaltung der Regeln und die Aufrechterhaltung der Ordnung.
- Es werden **taktische Strategien im Umgang mit disruptivem Verhalten** und populistischer Rhetorik im Rat vorgestellt (z.B. Benennen und Protokollieren von Fehlverhalten, Widerlegen konkreter Falschbehauptungen, Vermeidung von Provokationen, Zeigen interfraktioneller Solidarität).
- Wichtige **Learnings** umfassen die bewusste Legitimation demokratischer Prozesse, die Sicherung von Netzwerken unter Demokraten, die Definition einer „Brandmauer“, das Antizipieren von Klagen und die Förderung von Resilienz bei Kommunalpolitikern.

In **Kapitel 5.3** betrachten **Dr. Cathleen Bochmann und Markus Mehnert/Projekt „DiAS – Dialog stärken“ (Stiftung Mercator), Kompetenzzentrum Krisen-Dialog-Zukunft, Aktion Zivilcourage e.V.** die **Konzeption und Moderation von Bürgerdialogformaten** als Mittel, um Polarisierung entgegenzuwirken und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Auch hier geht es um die gezielte Bearbeitung des Kontexts, in dem sowohl persönlich als auch politisch motivierte Anfeindungen entstehen:

- Es wird eine **Typologie von Dialogformaten** vorgestellt, die je nach Konfliktstufe (Prävention, Diskussion, Eskalation, Deeskalation) unterschiedlich wirksam sind.
- Der Erfolg von Dialogen hängt maßgeblich von einer **fundierten Vorbereitung** ab, einschließlich klarer Zieldefinition, transparenten Erwartungsmanagements und sorgfältigen Teilnehmermanagements.

- Eine **professionelle Moderation** ist unerlässlich, um den Rahmen zu schützen, Störungen konstruktiv zu begegnen und deeskalierende Kommunikationsstrategien anzuwenden.
- Die **Kommunikation der Verwaltungsarbeit nach außen** und transparente Entscheidungsprozesse stärken Vertrauen in die eigene Arbeit. Die Nachbereitung und Evaluation von Dialogen ist wichtig, um aus Erfahrungen zu lernen und deren nachhaltige Wirkung sicherzustellen. Externe Beratung und interner Kompetenzaufbau sind oft notwendig.

Kapitel 6 von **Oliver Löbert** und **Henning Witzel** analysiert das **Phänomen des Populismus** auf kommunaler Ebene und stellt Strategien gegen diese Entwicklung vor:

- **Populismus** ist gekennzeichnet durch die Gegenüberstellung von Volk und Elite, die Behauptung eines einheitlichen Volkswillens und die Nutzung von Vereinfachung, Polarisierung und provokanten Thesen.
- Ziel ist es, kommunalen Entscheidungsträgern **praxisnahe Strategien an die Hand zu geben**, um Populisten souverän zu begegnen und eigene Themen offensiv zu platzieren.
- Wichtige Strategien beinhalten die **faktenbasierte Argumentation** zur Widerlegung populistischer Behauptungen, das Erklären der **Komplexität von Problemen** und das Anbieten **konkreter alternativer Lösungen**.
- Der Umgang mit populistischer Rhetorik erfordert **Reaktionsfähigkeit** (schnell, sachlich, dialogorientiert), das Hinterfragen populistischer Ansichten, das Aufzeigen neuer Perspektiven und die Förderung **kritischen Denkens**, insbesondere im Umgang mit Verschwörungstheorien.
- Eine **strategische Vorgehensweise** umfasst die Analyse populistischer Aussagen, interne Nachbesprechungen von Vorfällen und das Lernen aus Erfahrungen zur Verbesserung der eigenen Strategien.

Weitere bedeutsame Unterstüztungsmechanismen, die im Rahmen dieses Fachbuchs nicht behandelt wurden, sollen hier auch genannt werden:

- In der gesamten Bundesrepublik haben Kommunalpolitiker/-innen Zugang zu spezialisierten Staatsanwaltschaften und LKA-Abteilungen, die auch mit politisch oder psychologisch ausgebildeten Kräften besetzt sind. Hier können im Vorfeld der Anzeige von Straftaten für die Zielgruppe angemessene Gespräche geführt und auf weitere Hilfsangebote verwiesen werden. Bis ca. 2020 waren Betroffene in der Regel darauf angewiesen, Anzeigen bei lokalen Polizeidienststellen zu stellen, mit oft frustrierenden Ergebnissen, die das Erlebnis des Allein-gelassen-Seins noch verstärkten.